

FDP SACHSEN-ANHALT: VOR VERTRAGSABSCHLUSS DIE ERFAHRUNGEN ANDERER BUNDESLÄNDER BERÜCKSICHTIGEN

14. Januar 2013

[Hüskens](#)

Bevor das Bundesland Sachsen-Anhalt seinen Dataport einen Vertrag abschließt, sollte es sich vergewissern, die andere Bundesländer mit dem Unternehmen zu konsultieren. So Dr. Lydia Hüskens, stellvertretende Landesvorsitzende der FDP in Sachsen-Anhalt.

Die Verlage, die einen Anbieter außerhalb von Sachsen-Anhalt mit allen Verlagen für die IT-Branche im Land verpflichtet alle prozentual zu besonderer Sorgfalt, zumal es in Sachsen-Anhalt nur wenige private Großauftraggeber gibt.

Darüber hinaus müssen auch die Einsparungen zu berücksichtigen, die etwa Hamburg mit der Kostenreduzierung gemacht hat. So wie der Rechnungshof in Sachsen-Anhalt die Einhaltung der Wirtschaftlichkeit moniert, hat etwa der Hamburgische Rechnungshof in seinem Bericht 2012 festgestellt, dass das Land Hamburg alleine in den letzten Jahren 2005 bis 2008 einen Schaden von mehr als 12 Milliarden Euro erlitten hat. Auch sind die Einsparungen bei den Personalkosten nicht immer vollumfänglich getroffen. Im Gegenzug begibt sich das Land aber in eine Phase, in der es zu einem späteren Zeitpunkt nur noch schwer zu korrigieren sein wird.

"Sachsen-Anhalt hat mit zentralen Lösungen in der Vergangenheit wahrlich keine so guten Erfahrungen gemacht, dass man jetzt eine Zentralisierung die nächste Zentralisierung vornimmt. Ich hoffe, der Finanzminister wird die Kritik der Rechnungshöfe heute ernst," so Hüskens abschließend.